

Für Bürger kommt Wohnraum vor Klimaschutz

- Bevölkerung schaut zuversichtlicher nach vorn
- Landesregierung setzt andere Prioritäten

VON ULRIKE BÄUERLEIN

Trotz anhaltender Corona-Sorgen sehen die Bürger im Juli spürbar optimistischer in die Zukunft als noch vor einem halben Jahr. Immerhin 45 Prozent der Baden-Württemberger sehen den kommenden zwölf Monaten optimistisch entgegen. Im Januar waren es mit 30 Prozent noch deutlich weniger. Skeptisch oder mit Befürchtungen blicken dagegen nur 43 Prozent in die Zukunft. Dies ergibt der sechste Teil des BaWü-Checks zum politischen Meinungsklima im Land nach der Landtagswahl, einer Umfrageserie des Instituts für Demoskopie Allensbach (IfD) im Auftrag der baden-württembergischen Tageszeitungen.

An die neue baden-württembergische Landesregierung haben die Bürger klare Anforderungen. Während Grün-Schwarz selbst „erstens Klima, zweitens Klima, drittens Klima“ als politische Priorität gesetzt hat, kommt der Bereich Umwelt- und Klimaschutz im BaWü-Check auf der Prioritätenliste der Bürger erst auf Platz fünf. An oberster Stelle steht dagegen die Forderung an die Politik, für ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu sorgen – zwei Drittel der Befragten (66 Prozent) halten das für die wichtigste Aufgabe. Die Bekämpfung der Corona-Pandemie folgt auf Platz zwei. Interessanter Nebenaspekt: Deutlich mehr Menschen halten die finanzielle Unterstützung von coronabedingt hart getroffenen Unternehmen und Selbstständigen für wichtiger (42 Prozent) als die Förderung von Sport und Vereinen (21 Prozent) und Kultureinrichtungen (18 Prozent).



Thema Nummer eins für die Bürger: bezahlbarer Wohnraum.



Kampf gegen die Corona-Pandemie bleibt eine zentrale Forderung an die Politik.

Die politischen Prioritäten der Bürger nach der Landtagswahl

Frage: Was sind in Ihren Augen die wichtigsten Aufgaben, um die sich die neue Regierung in Baden-Württemberg kümmern sollte? **Angaben in Prozent**



QUELLE / GRAFIK: IFD ALLENSBACH, SK

Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre



Baustelle digitale Ausstattung der Schulen: Ein Lehrer hält Fernunterricht ab.



Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung kommen für die Bürger vor Klimaschutz.

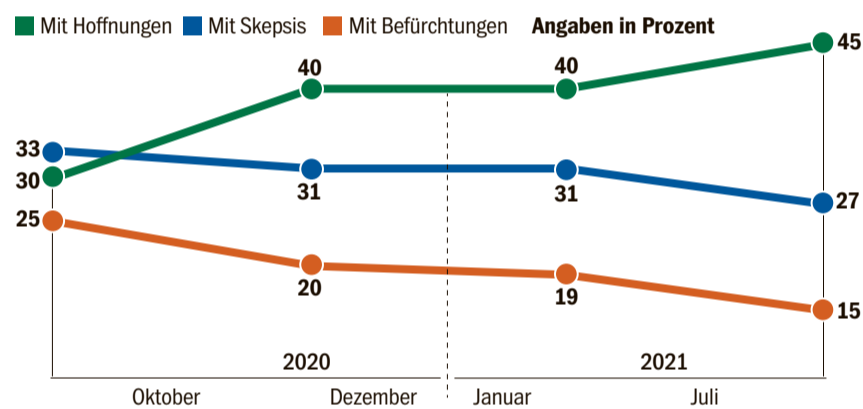


Stelle steht dagegen die Forderung an die Politik, für ausreichend bezahlbaren Wohnraum zu sorgen – zwei Drittel der Befragten (66 Prozent) halten das für die wichtigste Aufgabe. Die Bekämpfung der Corona-Pandemie folgt auf Platz zwei. Interessanter Nebenaspekt: Deutlich mehr Menschen halten die finanzielle Unterstützung von coronabedingt hart getroffenen Unternehmen und Selbstständigen für wichtiger (42 Prozent) als die Förderung von Sport und Vereinen (21 Prozent) und Kultureinrichtungen (18 Prozent).

auf Platz zwei. Interessanter Nebenaspekt: Deutlich mehr Menschen halten die finanzielle Unterstützung von coronabedingt hart getroffenen Unternehmen und Selbstständigen für wichtiger (42 Prozent) als die Förderung von Sport und Vereinen (21 Prozent) und Kultureinrichtungen (18 Prozent).

Anstieg des Zukunftsoptimismus

Frage: Sehen Sie den kommenden 12 Monaten mit Hoffnungen oder Befürchtungen entgegen?



QUELLE / GRAFIK: IFD ALLENSBACH, SK

Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

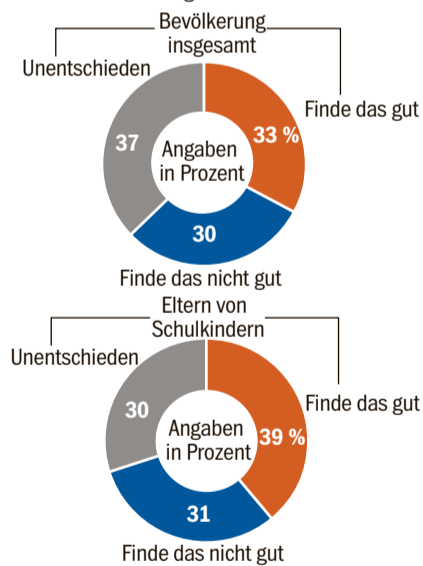
Betroffenheit zählt

Auf Platz drei der Bürgerprioritäten setzten die Befragten ein Thema, das im Rahmen der Corona-Pandemie sichtbar wurde: Mehr als die Hälfte der Befragten (53 Prozent) will, dass sich die Politik um eine bessere digitale Ausstattung der Schulen kümmert. Die indirekt damit zusammenhängende effizientere Verwaltung halten jedoch nur 27 Prozent der Befragten für ein dringendes Thema. Das zeigt, dass für die Bürger Landespolitik und deren Möglichkeiten und Auswirkungen immer nur dann in den Fokus rücken, wenn die Bürger von konkreten Versäumnissen oder Auswirkungen betroffen sind.

Bestes Beispiel dafür: das überraschende Ergebnis, dass die Bürger im BaWü-Check die Sicherheit und Bekämpfung von Kriminalität (52 Prozent) auf Platz vier setzen und als Aufgabe an die Landespolitik noch vor dem Umwelt- und Klimaschutz (51 Prozent) platzieren. Diese Einschätzung könnte unter dem Eindruck der katastrophalen Überschwemmungsereignisse der vergangenen Tage allerdings schon wieder ganz anders ausfallen.

Erwartungen an die neue grüne Kultusministerin

Frage: Finden Sie es gut, dass die Grünen jetzt für die Schulpolitik verantwortlich sind oder finden Sie das nicht gut?

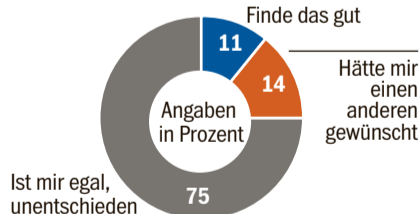


Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre
QUELLE / GRAFIK: IFD ALLENSBACH, SK



Manfred Lucha wieder Sozialminister: Na und?!

Frage: Manfred Lucha ist ja in der neuen Regierung wieder Sozialminister geworden. Finden Sie das gut oder hätten Sie sich lieber einen anderen Sozialminister gewünscht?



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre
QUELLE / GRAFIK: IFD ALLENSBACH, SK

Hundeführerschein und Solarpflicht weiter strittig

Wird es konkret, haben viele Bürger eine Meinung – aber wer Minister ist und welche Partei welches Ministerium führt, interessiert kaum

➤ **Sparen:** Die schwäbische Hausfrau regiert in ganz Baden-Württemberg. Schuldenmachen kommt da nie gut an. Das Bewusstsein, dass am Ende immer einer die Rechnung bezahlen muss, ist in Baden und in Württemberg gleichermaßen Kulturgut. Kein Wunder, dass eine deutliche Mehrheit der Bürger (61 Prozent) für die Beibehaltung der Schuldenbremse in der Landesverfassung plädiert. Nur 19 Prozent wollen sie abschaffen. Andererseits wäre die schwäbische Hausfrau keine, wenn sie nicht auch pragmatisch den Eigennutz im Auge hätte. So mag sich erklären, dass die Bürger zwar für die Schuldenbremse sind, es aber für so wichtig halten, die alten Schulden zurückzahlen. Nur 22 Prozent halten das für eine wichtige Aufgabe der neuen Landesregierung. So spart man sich auf jeden Fall Ärger.

➤ **Solarpflicht:** Da mögen FDP und AfD noch so zetern – die beschlossene Solarpflicht für Neubauten oder grundlegende Sanierungen findet in der Bevölkerung einen vergleichsweise großen Rückhalt. 47 Prozent der Befragten halten diesen Beschluss für richtig. Und das, obwohl den Menschen klar sein dürfte, dass es nicht nur Hauseigentümer selbst, sondern über Umlagen auch die Mieter sein werden, die dafür bezahlen müssen. 37 Prozent lehnen die Solarpflicht ab, Für die Landesregie-

rung hätte der Gegenwind bei diesem heiklen Thema durchaus größer sein können.

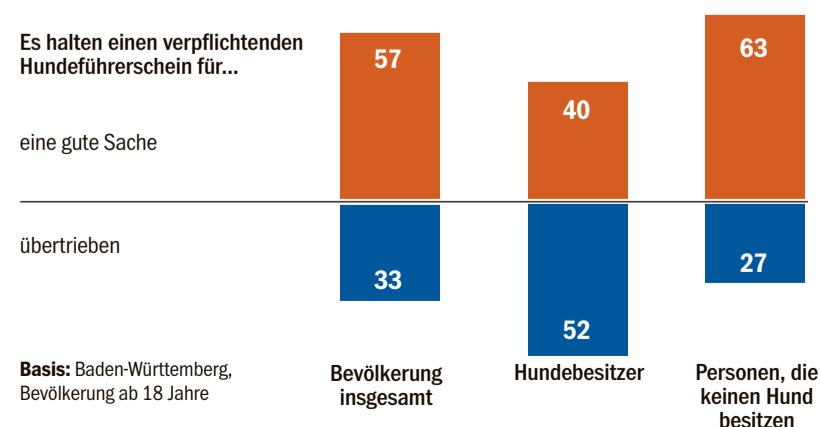
➤ **Hundeführerschein:** Während viele Menschen sich für zentrale Fragen der Landespolitik nicht interessieren, hat zu dem vom Land beschlossenen „Sachkundenachweis für Hundehalter“ praktisch eine Position. Hundehalter halten ihn mehrheitlich (52 Prozent) für übertrieben. Wer selbst keinen Hund hat, hält den „Hundeführerschein“ überwiegend (63 Prozent) für eine gute Idee. Und auch unter allen Befragten ergibt sich ein klares Bild: 57 Prozent sind dafür, 33 Prozent dagegen.

➤ **Bildungspolitik:** Große Diskussionen gab es vor der Regierungsbildung darum, wer künftig das Kultusministerium führen werde – CDU oder doch erstmals die Grünen. Eltern und Lehrkräfte gehören zu den lautesten Trommlern in eigener Sache auf der politischen Bühne. Doch für viele Menschen spielt das Thema wohl eine weit geringere Rolle, als es in der politischen Blase den Anschein hat. Über ein Drittel der Befragten, ob Eltern oder nicht, hat gar keine Meinung dazu, ob grüne Bildungspolitik eine gute Sache ist, Befürworter und Gegner-Lager eines grünen Kultusministeriums sind in etwa gleich groß.

➤ **Doch kein Buhmann:** Sozialminister Manfred Lucha (Grüne) stand wegen seines Managements der Corona-Krise im Land heftig in der medialen und politischen Kritik. Dennoch durfte er sein Amt in der neuen Regierung behalten. Die Bürger stört das offenbar nicht. Nur 14 Prozent gaben an, sie hätten sich einen anderen in dem Job gewünscht – und drei von vier Befragten (75 Prozent) ist es schlichtweg egal. (uba)

Pro Hundeführerschein

Frage: Die neue Landesregierung hat für Hundehalter einen verpflichtenden Hundeführerschein eingeführt. Hundehalter müssen in einem schriftlichen Test und einer praktischen Prüfung nachweisen, dass sie ihren Hund unter Kontrolle haben und wissen, wie man einen Hund richtig hält und erzieht. Halten Sie einen solchen Hundeführerschein alles in allem für eine gute Sache oder halten Sie das für übertrieben? **Angaben in Prozent**

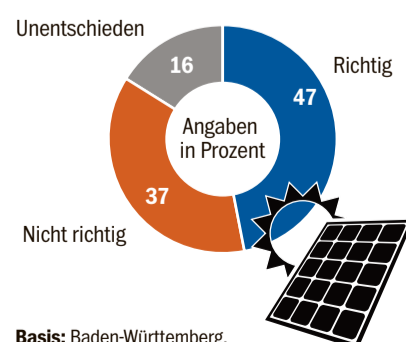


Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

QUELLE / GRAFIK: IFD ALLENSBACH, SK

Solarpflicht für Neubauten: Was sagen die Bürger?

Frage: In Baden-Württemberg soll ab Anfang 2022 eine Solarpflicht für Neubauten gelten. Wer ein Haus neu baut oder ein Dach grundlegend saniert, muss zukünftig eine Solaranlage installieren. Finden Sie die Solarpflicht richtig, oder nicht richtig?



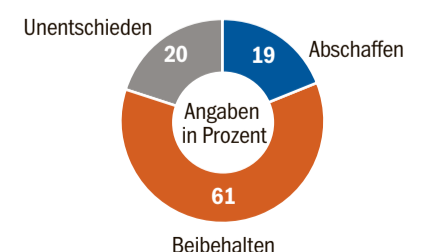
Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

QUELLE / BILD: AAYAM 4D - STOCK.ADOBE.COM / GRAFIK: IFD ALLENSBACH, SK



Große Mehrheit will Schuldenbremse beibehalten

Frage: In der Landesverfassung ist eine Schuldenbremse festgeschrieben. Diese sieht vor, dass das Land außer in Notsituationen keine neuen Schulden aufnehmen darf. Nun wird gefordert, die Schuldenbremse wieder abzuschaffen. Sind Sie dafür, die Schuldenbremse abzuschaffen oder sollte sie beibehalten werden?



Basis: Baden-Württemberg, Bevölkerung ab 18 Jahre

QUELLE / GRAFIK: IFD ALLENSBACH, SK